

ERKLÄRUNG DES REICHSWIRTSCHAFTSMINISTERS UND REICHSBANKPRÄSIDENTEN WALTER FUNK VOM 26. JULI 1940

Die Erörterungen über den Aufbau und die Organisation der deutschen und der europäischen Wirtschaft nach Beendigung des Krieges und über die Auswirkungen, die der Krieg für die Weltwirtschaft haben wird, füllen in der letzten Zeit die Spalten der deutschen und der ausländischen Presse in zunehmendem Maße. Sowohl die Praktiker wie die Wissenschaftler beschäftigen sich auf das eifrigste mit diesen Problemen, und es sind dabei mehr oder weniger phantasievolle Ideen und Pläne ans Tageslicht gekommen, die eine starke Verwirrung hervorgerufen haben. Sogar den großen Philosophen Hegel hat man als Kronzeugen für bestimmte Richtungen aufkreuzen lassen. Es wimmelt von Schlagworten aller Art, und das beliebteste ist die „Europäische Großraumwirtschaft“ geworden. Soviel Richtiges auch in diesem Begriff enthalten ist, so muß man doch sagen, daß es zunächst diesen europäischen Großraum in Wahrheit noch gar nicht gibt, daß er erst geschaffen werden muß und daß auch in diesem „Großraume“ sich „hart die Sachen stoßen“. Ich habe es unter diesen Umständen für meine Pflicht gehalten, einmal ganz klar und sachlich die Dinge darzustellen, um die Diskussion aus der Sphäre der Phantasie und der Spekulation in die reale Welt der Tatsachen zurückzuführen. Es handelt sich bei alledem auch nicht bereits um einen festen Plan, vielmehr nur um die Vorbereitung einer zusammenfassenden Planung gemäß dem Auftrage des Reichsmarschalls Hermann Göring, der die Entscheidung über die endgültige Gestaltung und die Durchführung der Pläne trifft. Ich muß mich daher darauf beschränken, das Grundsätzliche und Methodische der Probleme darzustellen. Es soll also nur der Weg gezeigt werden, auf dem das Ziel erreicht werden kann. Auch die neue europäische Wirtschaft muß organisch wachsen.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat sich bei ihren Methoden nie von einer sturen Dogmatik leiten lassen. Wir haben stets diejenige Methode angewandt, die uns jeweils als die zweckmäßigste erschien. Wir wollen auch in der Zukunft keine künstlichen Gebilde schaffen. Die neue europäische Wirtschaftsordnung wird ebenfalls aus den natürlichen Gegebenheiten herauswachsen, zumal für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den europäischen Ländern natürliche Grundlagen vorhanden sind. Selbstverständlich wird der Krieg tiefgreifende Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft und auch auf die Weltwirtschaft haben. Wir werden mit dem verbündeten Italien auf allen Gebieten auf das engste zusammenarbeiten und die deutschen und italienischen Wirtschaftskräfte zum Neubau Europas zusammenfassen.

Die Frage nach der zukünftigen allgemeinen Wirtschaftsordnung in Europa ist also dahin zu beantworten, daß wir nach der siegreichen Beendigung des Krieges diejenigen Methoden in der Wirtschaftspolitik zur Anwendung bringen werden, die uns die großen wirtschaftlichen Erfolge vor dem Kriege und insbesondere auch im Kriege gewährleistet haben, und daß wir nicht daran denken, das unregelmäßige Spiel der Kräfte wieder wirksam werden zu lassen, durch das die deutsche Wirtschaft in die größten Schwierigkeiten gekommen ist. Wir sind der Überzeugung, daß von unseren Methoden nicht nur die großdeutsche Wirtschaft, sondern auch alle Wirtschaften Europas, die mit Deutschland auf Grund der natürlichen Grundlagen in engen Handelsbeziehungen stehen, Nutzen haben werden.

Zu der in der letzten Zeit besonders lebhaft erörterten Frage nach der neuen Währungsgrundlage ist folgendes zu sagen:

Die Währung ist stets das Sekundäre und Wirtschaftsführung das Primäre. Wenn die Wirtschaft nicht gesund ist, kann es auch keine gesunde Währung geben. Im Rahmen einer gesunden europäischen Wirtschaft und einer vernünftigen wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den europäischen Volkswirtschaften wird sich die Währungsfrage von selbst lösen, weil sie dann nur noch ein Problem der richtigen Geldtechnik ist. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsmarkwährung dabei eine dominierende Stellung haben wird. Die gewaltige Stärkung der Macht des Großdeutschen Reiches wird eine Befestigung der Reichsmarkwährung als selbstverständliche Folge nach sich ziehen. Der Geltungsbereich der Reichsmark, die von der Fessel der unregelmäßigen Auslandsschulden und der zahlreichen verschieden bewerteten Sorten befreit werden wird, muß dann laufend zunehmen. Es wird auf Grund der bisherigen schon angewandten Methoden des bilateralen Wirtschaftsverkehrs eine weitere Entwicklung zum multilateralen Wirtschaftsverkehr und zu einem Ausgleich der Zahlungssalden der einzelnen Länder kommen, so daß also auch die verschiedenen Länder über eine solche Clearingstelle untereinander in geregelte Wirtschaftsbeziehungen treten können. Selbstverständlich ist es ausgeschlossen, Devisenbewirtschaftung und Clearingzwang mit einem Schlage aufzuheben. Das Problem lautet auch nicht freie Devisenwirtschaft oder europäische Währungsunion, sondern es kommt zunächst darauf an, die Clearingtechnik weiterzuentwickeln, so daß ein reibungsloser Zahlungsverkehr innerhalb der an das Clearing angeschlossenen Länder gewährleistet wird. Die Voraussetzungen hierfür sind um so mehr gegeben, als bereits heute fast alle Länder, die für einen Anschluß an ein europäisches Zentralclearing in Frage kommen, eine Devisenbewirtschaftung in dieser oder jener Form haben. Die Voraussetzungen für ein gut funktionierendes Clearingsystem sind, daß in den Clearingverträgen feste, bei allen Zahlungen geltende Umrechnungssätze vereinbart werden, daß die Kurse für lange Zeit stabil bleiben und daß die im Clearing überwiesenen Beträge stets sofort ausbezahlt werden.

Die Auszahlung „ungedeckter“ Clearingüberweisungen stellt naturgemäß ein inneres Geldproblem für die einzelnen Länder dar. Die heute noch allenthalben bestehende Angst vor solchen „ungedeckten“ Clearingspitzen wird aber verschwinden; denn erstens wird die mit Sicherheit nach Beendigung des Krieges zu erwartende allgemeine Wirtschaftsbelebung eine Ausdehnung des Geldumlaufes auch in den Ländern bedingen, die bisher an der orthodoxen Notenbanktheorie festgehalten haben, die ja auf der Golddeckungstheorie und dem Goldautomatismus beruhte, und zweitens wird durch eine staatliche Lenkung der Zahlungsbilanzen das Problem der Clearingspitzen allmählich gegenstandslos werden. Das Preisniveau wird sich dem deutschen annähern müssen. Aber eine Währungsunion bedingt allmählich angeglichenen Lebensstandard, und dieser wird auch in Zukunft nicht in allen dem europäischen Clearing angeschlossenen Ländern der gleiche sein können und sein dürfen, weil hierfür die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen fehlen und die Ordnung der europäischen Wirtschaft auf dieser Basis jedenfalls auf absehbare Zeit hinaus unsinnig wäre. In Europa soll jedes Land seine eigenen Wirtschaftskräfte entwickeln und entfalten und jedes Land auch mit einem anderen Land Handel treiben können, aber die Grundsätze und Methoden, nach denen sich dieser Handel vollzieht, werden — im Großen gesehen — die gleichen sein müssen. Das hat den Vorteil, daß man die wirtschaftlichen Reglementierungen und Zwangsmaßnahmen unter einem solchen allgemein gültigen Geld- und Zahlungssystem weitgehend , abbauen kann; denn dann sind diese bis ins kleinste gehenden Überwachungen und Vorschriften, die ein den einzelnen Wirtschaftsbetrieb stark belastendes Formularwesen mit sich bringen, nicht mehr notwendig. Wenn durch den Friedensvertrag klare Verhältnisse geschaffen worden sind und das europäische Zentralclearing funktioniert, werden innerhalb dieses Raumes die Devisenbeschränkungen

abgebaut werden können; in erster Reihe für den Reiseverkehr und den kleinen Grenzverkehr, dann aber auch für den Warenverkehr im Rahmen einer kontingentierte Einfuhr, wobei die Verteilung der Kontingente den Wirtschaftsgruppen übertragen werden kann, die in den verschiedenen Ländern adäquat zu organisieren wären. Auch den Devisenbanken können dann bestimmte Funktionen übertragen werden für Zahlungen zur Weiterleitung auf Clearingkonto, insbesondere aber auch für die kurzfristige Finanzierung des Warenverkehrs. Für den Kapitalverkehr jedoch wird eine staatliche Lenkung und Kontrolle noch weiterhin unentbehrlich sein.

Die Frage, was in der neuen europäischen Wirtschaft fehlen wird und welche Waren exportiert werden können, ist folgendermaßen zu beantworten:

Es kommt darauf an, was der europäische Wirtschaftsraum umfassen und was ihm als direkte Hilfsquellen zur Verfügung stehen wird. Gewisse Produkte werden in Europa immer fehlen. Aber wir denken ja auch nicht daran, zu einer ausschließlich sich selbst genügenden Wirtschaft überzugehen, die wir auch in Deutschland weder vor noch im Kriege gehabt haben, sondern wir werden naturgemäß mit der Weltwirtschaft nach wie vor weitgehend verflochten sein. Die Frage lautet also nicht Autarkie oder Export, sondern Autarkie und Export, wobei der Begriff Autarkie nur richtig verstanden sein will. Wir werden Wert darauf legen, daß unsere hochwertigen Industrieprodukte auch im Austausch gegen die Rohstoffe der Weltmärkte gehandelt werden. Aber hier gibt es eine Einschränkung. Wir müssen darauf bedacht sein, daß möglichst alle diejenigen Produkte ausreichend im europäischen Wirtschaftsraum vorhanden sind, die diesen Wirtschaftsraum wirtschaftlich unabhängig von anderen Räumen machen. Wir müssen also die Wirtschaftsfreiheit dieses Raumes garantieren. Das ist weitgehend eine Frage des Lebensstandards. Wir brauchen z. B. in der Zukunft keine Tonne Öl aus den überseeischen Märkten einzuführen, wenn wir den Treibstoffverbrauch entsprechend rationieren. Soll aber jeder soviel Auto fahren können, wie er will, und sollen soviel Automobile hergestellt werden wie möglich, so steht dem nichts entgegen, wenn man diesen überschießenden Teil des Öls aus der Welt einführt, weil in Notfällen der Verbrauch auf den Stand gebracht werden kann, den wir selbst zur Verfügung haben. Noch stärker ist dies der Fall bei Genußmitteln wie Kaffee, Tee, Kakao usw. Man wird also immer darauf achten müssen, daß in einer Notzeit der großdeutsche Wirtschaftsraum für das, was ihm an eigenen wirtschaftlichen Kräften zur Verfügung stehen muß, nicht von Kräften und Mächten abhängig wird, auf die wir keinen Einfluß haben. Dabei wird man daran denken müssen, daß die großdeutsche Rohstoffgrundlage sich während des Krieges ganz gewaltig gebessert hat und daß Deutschland am Ende des siegreichen Krieges über ein Exportpotential verfügen wird, wie es noch nie der Fall war. In Kohle, Kali, Eisen, Holz, elektrischer Energie, aber auch in allen von der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft mit so großen Erfolg entwickelten synthetischen Stoffen und durch die neuen Werkstoffe werden wir noch unabhängiger von der Weltwirtschaft und insbesondere von den Monokulturen der Welt sein, als das bisher der Fall war. Das gilt für alle Rohstoffe, insbesondere auch für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Gerade auf dem Ernährungssektor wird eine planmäßige Produktionssteigerung und eine Umstellung der Produktion auf den lebensnotwendigen Bedarf die Nahrungsfreiheit noch weiter sicherstellen, als dies schon jetzt in Großdeutschland der Fall ist. Der zentral geleitete und organisierte europäische Getreidemarkt wird allerdings nicht die Form der alten spekulativen Getreidebörsen haben, sondern ähnlich wie das Geldclearing als Getreideclearing funktionieren. Aber grundsätzlich wird man die Wirtschaftspolitik immer wieder danach ausrichten müssen, daß wir auch mit der übrigen Welt in wirtschaftlichen Beziehungen stehen, um den

Lebensstandard des deutschen Volkes und der hochentwickelten europäischen Industriestaaten immer weiter nach oben auszurichten.

Eine andere Frage, die immer wieder aufgeworfen wird, lautet: Welche Warenlieferungen erwartet das neue Europa von Rußland, Amerika, Südamerika und Ostasien? Und welche Waren wird es dafür liefern? Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Mit Rußland haben wir einen Handelsvertrag, der sehr ergiebig ist. Rußland ist der naturgegebene Komplementär für die hochentwickelten Industriestaaten. Wir sind der Meinung, daß Rußland als Lieferant in Rohstoffen und als Abnehmer von deutschen Fertigwaren in der Zukunft sich noch viel stärker entwickeln wird als bisher. Wie weit wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika Handel treiben, liegt absolut in der Hand der Amerikaner selbst. Solange sie natürlich deutsche Waren diskriminieren, ist ein solcher Verkehr problematisch, und solange sie an einem Dogma festhalten, das eben nur ein Dogma ist, solange wird natürlich der Wirtschaftsverkehr mit den Vereinigten Staaten immer auf Schwierigkeiten stoßen. Aber die Vereinigten Staaten müssen, wenn sie dazu beitragen wollen, die Weltwirtschaft wieder kontinuierlich zu gestalten, von ihrer falschen Methode abgehen, daß sie gleichzeitig das größte Gläubigerland und gleichzeitig das größte Exportland sein wollen. Dies sind Dinge, die sich nicht auf einen Nenner bringen lassen, denn wenn man ein großes Gläubigerland ist, darf man nicht den Export mit allen Mitteln forcieren und den Import systematisch behindern. Was die Amerikaner mit ihrem Gold einmal machen werden, das vermögen wir nicht zu beantworten. Das Goldproblem ist in erster Linie ein Problem für die Vereinigten Staaten von Amerika. Als Grundlage für die europäischen Währungen wird das Gold in Zukunft keine Rolle mehr spielen, denn die Währung ist nicht abhängig von ihrer Deckung, sondern sie ist abhängig von dem Wert, den ihr der Staat, d. h. in diesem Falle die vom Staate geregelte Wirtschaftsordnung, gibt. Das vorstehend geschilderte Clearingsystem macht das Gold für Währungs- und Zahlungszwecke innerhalb des Clearings entbehrlich. Etwas anderes ist es, ob man das Gold auch weiterhin als ein zweckmäßiges Mittel betrachtet, das zum Ausgleich der Zahlungssalden außerhalb des Clearingsystems, also für den freien Handels- und Zahlungsverkehr Verwendung findet; aber niemals werden wir eine Währungspolitik treiben, die uns in irgendeine Abhängigkeit vom Gold bringt, denn wir können uns nicht an ein Mittel binden, dessen Wert wir nicht selbst bestimmen. Wenn die Amerikaner von ihrem Gold wieder loskommen wollen, was z. Zt. zinslos und arbeitslos in den Kellern von Fort Knox liegt, dann könnten sie den Dollar aufwerten, was natürlich für die amerikanische Wirtschaft mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Aber dann würde Gold aus Amerika herausfließen, d. h. dann würde man in Amerika gut verkaufen können, es würde also ein Warenstrom nach Amerika einsetzen. Das wird aber eine Frage sein, die davon abhängt, inwieweit die innere amerikanische Politik eine solche Maßnahme durchführen kann. Wenn man im übrigen das ganze Gold, das in Amerika in der Erde liegt, auf eine Insel brächte und diese Insel durch eine Naturkatastrophe im Meere versinken würde, dann würde das Wirtschaftsleben der Völker auch weitergehen. Über das Goldproblem ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Mit Südamerika und Ostasien haben wir die besten Handelsbeziehungen unterhalten, und wir sind der Überzeugung, daß, sobald die englische Seeräuberei aufhört, auch wieder der Handel mit Südamerika und Ostasien sich günstig entwickeln wird, denn man muß immer berücksichtigen, daß die Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft und in der Versorgung insbesondere Europas, abgesehen von den irrsinnigen Methoden von Versailles, darauf zurückzuführen waren, daß erstens einmal Rußland als der riesige Markt ausfiel, der seine Getreideüberschüsse in Europa absetzte, daß zweitens der große ostasiatische Markt

durch die Wirren in China sehr stark beeinträchtigt worden ist, und daß sofort ein anderer Zustand eintreten würde, wenn in China wieder stabile politische und damit auch stabile wirtschaftliche Verhältnisse hergestellt werden würden, was ja von Japan erstrebt wird. Mit Südamerika ist unser alter und gut organisierter Handel nur durch die englische Blockade gestört worden. Wir sind der Überzeugung, daß auch hier sich der naturgegebene Austausch wieder einstellen wird, wenn der Seekrieg dies nicht mehr verhindert. Wir glauben auch nicht, daß die Bestrebungen einen Erfolg haben werden, die amerikanischen Märkte in sich autark zu machen und vom Handel mit der Welt abzusperren. Dafür fehlen auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen, denn die Vereinigten Staaten können die südamerikanischen Produkte niemals in dem Umfange aufnehmen, wie dies bei Europa der Fall ist. Die Vereinigten Staaten müssen den Gedanken aufgeben, daß sie Deutschland bzw. Europa ihre wirtschaftlichen Bedingungen aufoktroyieren können. Um mit den südamerikanischen Staaten Handel treiben zu können, brauchen wir nicht die nordamerikanische Vermittlung. Entweder findet der deutsch-südamerikanische Wirtschaftsverkehr auf der Basis freier Vereinbarungen mit souveränen südamerikanischen Staaten statt, oder er findet überhaupt nicht statt. Im übrigen protegieren ja die Vereinigten Staaten gerade bei ihren Plänen hinsichtlich der Kartellierung der südamerikanischen Waren im Grunde ein bilaterales Wirtschaftssystem. Einer Normalisierung und Ausweitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen stehen technische Schwierigkeiten jedenfalls nicht entgegen, man muß nur den deutsch-amerikanischen Handelsverkehr frei von jeder Dogmatik gestalten. Das europäische Clearingsystem schließt keineswegs einen freien Devisenverkehr mit Ländern, die nicht im Clearing sind, aus. Reichsmark und Reichsmarkakzept werden nach dem Krieg auch für einen solchen Handelsverkehr wieder voll funktionsfähig sein. Schließlich werden ja auch nicht die Methoden, sondern die Qualität der Waren den Ausschlag geben. Und in dieser Hinsicht brauchen wir für die deutschen Exportwaren wirklich keine Besorgnisse zu hegen!

Wenn ich nun vom ausländischen Sektor auf den inländischen übergehe, so bewegt immer noch die Frage „Wie wird dieser Krieg in Deutschland finanziert?“ die Gemüter in der Welt auf das lebhafteste.

Der Krieg wird finanziert durch die Arbeit, denn wir geben kein Geld aus, das nicht erarbeitet ist. Arbeitswechsel, die das Reich begibt und die die Reichsbank diskontiert, sind Unterlage des Geldes. Aber diese Arbeitswechsel sind absolut wertbeständig, weil Preise und Löhne beständig sind, abgesehen natürlich von den Fällen, wo höhere Preise oder höhere Löhne aus bestimmten Entwicklungen heraus als berechtigt und notwendig anerkannt werden müssen. Wo höhere Leistungen vorhanden sind, werden auch höhere Löhne gezahlt. Deshalb ist auch die Frage an sich belanglos, wie weit wir kurzfristige Kredite konsolidieren wollen. Zur Zeit ist die Verschuldung in Deutschland so, daß sie keine Bedenken auslösen kann, insbesondere da es gelungen ist, die Zinsen für die Reichskredite im Kriege herunterzusetzen und der Staatshaushalt in Ordnung ist.

Und nun zum Schluß die letzte Frage: Wie wird die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zurückgeführt? Wird diese Umstellung nicht eine wirtschaftliche Krise hervorrufen? Die Antwort ist klar und einfach.

Da wir die Wirtschaft vor dem Kriege und im Kriege weitgehend nach den staatlichen Notwendigkeiten gelenkt haben und da auch nach dem Kriege gewaltige Aufgaben für die Allgemeinheit zu lösen sein werden, wird die Umstellung auf die Friedenswirtschaft keine großen Schwierigkeiten machen, denn es wird nicht mit einem Mal stoßweise ein großer Geld- und Kreditbedarf eintreten, zumal die Vorräte, die erneuert werden müssen, nur

allmählich zur Verfügung gestellt werden können. Im übrigen werden wir den Geld- und Kreditstrom auch nach dem Kriege in diejenigen Produktionen leiten, die für uns die notwendigsten und wichtigsten sind. Eine Rangordnung der Aufgaben und der Aufträge wird auch nach dem Kriege bestehen bleiben.

Zusammenfassend ist folgendes zu sagen:

1. Durch den Abschluß von langfristigen Wirtschaftsabkommen mit den europäischen Staaten soll erreicht werden, daß die europäischen Volkswirtschaften sich in ihren Produktionsplanungen langfristig auf den deutschen Markt, d.h. auf einen jahrelangen sicheren Absatzmarkt einstellen. Dadurch wird es möglich sein, die europäische Produktion weiterhin zu steigern und ganz neue Produktionen aufzunehmen. Andererseits werden dann auch für die deutschen Waren bessere Absatzmöglichkeiten in den europäischen Märkten bestehen.
2. Durch Schaffung stabiler Kursverhältnisse soll ein reibungslos funktionierendes Zahlungssystem für die Abwicklung des Warenverkehrs zwischen den einzelnen Staaten sichergestellt werden. Dabei kann an die zurzeit [sic!] bestehenden Verrechnungsabkommen angeknüpft werden, die so auszubauen sind, daß sie — auf der Basis stabiler Kurse — ein vergrößertes Warenvolumen bewältigen können.
3. Durch Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Industrie soll ein Höchstmaß an Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen erzielt und eine vernünftige wirtschaftliche Arbeitsteilung in Europa herbeigeführt werden. Durch zweckmäßigen Einsatz der in Europa vorhandenen Wirtschaftskräfte soll der Lebensstandard der europäischen Völker gehoben und ihre Sicherheit gegenüber etwa möglichen Blockademaßnahmen von Außereuropa noch erhöht werden.
4. Es muß eine Stärkung des wirtschaftlichen Gemeinschaftsgefühls unter den europäischen Völkern herbeigeführt werden durch Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik (Währung, Kredit, Produktion, Handel usw.). Die Wirtschaftssolidarität der europäischen Staaten soll eine bessere Vertretung der europäischen Wirtschaftsinteressen gegenüber anderen wirtschaftlichen Gruppen in der Weltwirtschaft ermöglichen. Dieses geeinigte Europa wird sich von keinem außereuropäischen Gebilde Bedingungen politischer und wirtschaftlicher Art vorschreiben lassen. Es wird auf der Basis der Gleichberechtigung jederzeit mit anderen Partnern Handel treiben, dabei aber das volle wirtschaftliche Gewicht des Kontinents in die Wagschale werfen können.

Die kommende Friedenswirtschaft muß dem Großdeutschen Raum ein Maximum an wirtschaftlicher Sicherheit garantieren und dem deutschen Volke ein Maximum an Güterverbrauch zur Erhöhung der Volkswohlfahrt. Auf dieses Ziel ist die europäische Wirtschaft auszurichten. Die Entwicklung wird etappenweise vor sich gehen; sie ist heute auch noch mit zahlreichen Unsicherheitsfaktoren belastet, denn — das wollen wir nie vergessen — wir befinden uns ja noch im Kriege!

[Quelle: Monatshefte für Auswärtige Politik 7 (1940), H.8, S.630-636.]